

fl ! nfo

1.2004

3 Minimal.

Der Landtag schrumpfte in der Vergangenheit zur Minimal-Farm. Schlechtes Zeugnis für die FBP-Alleinregierung.

6 Meinungsfreudig.

Die Regierung spart. Vor allem mit Argumenten. Die Kolumne von Mathias Ospelt.

7 Munter.

Die Freie Liste macht sich fit.

8 Martialisch.

Liechtensteins Weltkriegsbeteiligung. Eine Analyse von Jürgen Schremser.

10 Maximal.

Medienförderung aus vielen Töpfen dient der Strukturhaltung und nicht der Qualitätssteigerung.

12 Misslungen.

Der gesuchte Einfluss auf die Medienkommission.

13 Mögig.

Die Arbeit im Gemeinderat Schaan. Ein Interview mit FL-Gemeindevertreter Daniel Walser.

15 Minus.

Mal Minus gibt nur in der Mathematik Plus. Die Bildungspolitik verlangt nach anderen Wegen.

18 Markant.

Die Arbeitslosigkeit in Liechtenstein ist markant gestiegen.

19 Möglich.

Sozialpolitik ist Wirtschaftspolitik. Ethik und Verantwortung sind keine Leerformeln.

20 Mimosenhaft.

So reagieren hin und wieder «Betroffene» auf unsere letzte Seite.

Erst Angst machen – dann «Retter» spielen.

Wer die Landeszeitungen liest und nicht nur durchblättert, weiss es: Der Wahlkampf ist in vollem Gang. Während die Regierung Wahlgeschenke bereit hält und die Bevölkerung auf Gelungenes einzustimmen versucht, bekämpfen sich FBP und VU bereits aufs Übelste. **Kein noch so vernünftiges Argument hat im Landtag eine Chance, wenn die FBP es nicht will.** Der Einbezug der Kräfte beschränkt sich jetzt erst Recht auf einige wenige Auserlesene aus den eigenen Reihen. Die VU verliert ihre markantesten Köpfe und Feindbilder, an denen sie sich intern gerieben hat und extern seit dem Regierungswechsel in ständigen Erklärungsnotstand kam. Erleichterung und Belastung zugleich. Denn wer wird in der VU nach dem Abgang von Peter Sprenger noch ein ähnlich kantiges Profil zeigen? Machterhaltung und Macht zu erreichen sind Motivationsräder, die nicht zu unterschätzen sind. Was ist den schwergewichtigen Altparteien entgegensetzen? Eine Freie Liste mit einem Mandat? Wie dies seit 12 Jahren fast ununterbrochen der Fall ist? Wir haben erlebt, wohin das führt. **Der FL-Einfluss ist dann vorhanden, wenn es kein Übergewicht der Machtverhältnisse gibt.** Demokratie lebt durch den Pluralismus und dieser wiederum zeigt sich in der Präsenz des starken Dritten. Damit wieder Pluralismus in den Landtag einziehen kann, ist es nötig, die Freie Liste zu stärken. Wer etwas verändern will, wer mehr Demokratie will, dem bietet die Freie Liste ein klares Programm, klare Aussagen und eine klare Haltung. Nur wenn die Freie Liste

erstarkt, wird sie im Landtag das Gewicht haben, um einseitig verteilte Machtgesten der Altparteien zu durchbrechen. Das Interview mit Paul Vogt, dem langjährigen FL-Landtagsabgeordneten, vermag einen kleinen Einblick in die aktuelle Arbeit zu geben – aber auch, warum die Freie Liste stärker werden muss.

Auf der Insel der Glückseligen haben wir zur Zeit eine Arbeitslosenquote von 2,2%, die Dunkelziffer kennt niemand – insbesondere Frauen, die sich aufgrund mangelnder Möglichkeiten nicht arbeitslos melden und wieder an den Herd gehen, scheinen nicht in dieser Statistik auf. Es scheinen auch jene Jugendlichen nicht auf, die das «Hotel Mama» dem Gang aufs Arbeitsamt vorziehen und es scheinen jene älteren Menschen nicht auf, die in der aktuellen Wirtschaftslage ausgemustert wurden und auf dem «Rettungsboot» Invalidenversicherung gelandet sind. Die massive Erhöhung der IV-RentnerInnen spricht eine deutliche Sprache.

Um ihre Ausgabenpolitik zu rechtfertigen, greift die Regierung zu Katastrophenparolen und betreibt

aktiv Angstmacherei. Es ist verantwortungslos und absolut unangemessen, ein Klima der Angst zu produzieren, nur um ein überteuertes «Sicherheitszentrum» zu legitimieren. Ähnlich unsensibel verhält sie sich in der Frage der NBU-Subvention: Offenbar können sich unsere Regierung und die FBP-Fraktion kaum vorstellen, dass es auch in Liechtenstein Menschen gibt, für die jede zusätzliche finanzielle Ausgabe zur existenziellen Belastung wird, denn sonst kämen sie nicht auf die unsägliche Story vom «Stück Torte». Dieser Vergleich kommt einer Verhöhnung gleich.

Es wird Zeit, dass wir umdenken und eine Wertediskussion führen, die Lebensqualität anders definiert und Sozialpolitik als eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit begreift. Unsere Gesellschaft befindet sich schon länger im Umbau, als dies die offizielle Politik wahrhaben will. Es kann nur darum gehen, am Gebäude einer zukunftsorientierten, sozialen Gesellschaft mitzubauen und nicht darum, parteipolitisch Recht zu bekommen.

Pepo Frick, Vorstandssprecher der Freien Liste

Die FI-Rose geht an Josef Sele und den LANV.

Regierungsanträge haben es zur Zeit im Landtag leicht, die Mehrheit des Landtags zu erreichen. Mit 13 FBP-Stimmen im Landtag kann sich die Regierung zurücklehnen, da kommt es ihr auf die eine oder andere Stimme aus den Reihen der Opposition nicht mehr an. Die fl-info Redaktion verleiht Josef Sele und dem Liechtensteiner Arbeitnehmerverband die fl-info-Rose, weil sie Initiative zeigten und gegen den Ausbau des Polizeigebäudes und den Abbau sozialer Leistungen das Referendum ergriffen haben. Die Freie Liste unterstützt beide Referenden und baut auf die ausserparlamentarische Kraft des Widerstands. Die ist so lange nötig, bis das Kräfteverhältnis im Landtag wieder so ist, dass Opposition sich nicht mehr nur in Rhethorik erschöpft, weil die Mehrheit im Dienste der Regierung steht.

Der Landtag muss stärker werden.

Der FL-Abgeordnete Paul Vogt ist seit 12 Jahren im Landtag und erlebte alle denkbaren Regierungsvarianten: eine Koalition unter FBP-Führung, eine unter VU-Führung, eine rote und eine schwarze Alleinregierung.

fi-info: Welches war für dich die beste Variante?

Jede Alleinregierung mit einer knappen Mehrheit ist für den Landtag schlecht. Das bewirkt, dass die Abgeordneten bei wichtigen Abstimmungen der Regierungspartei auf die Linie der Regierung gebracht werden. Solches Vorgehen verhindert Diskussionen mit einem offenen Ausgang. Das ist natürlich für die Vertreter der Minderheit frustrierend, aber ich denke, dass das auch für die Abgeordneten der Regierungspartei eine Belastung ist, ich spüre jedenfalls Freudlosigkeit bei vielen Entscheidungen. Eigentlich sollten doch die, die in der Mehrheit sind, eine gewisse Freude am Gestalten der Politik haben, aber das kommt überhaupt nicht zum Ausdruck. Im Moment wirkt die FBP wie ein eingeschworener Klüngel, der alle Ideen abwehrt, die ihnen nicht genehm sind.

Gibt es einen qualitativen Unterschied zwischen der roten und schwarzen Alleinregierung?

Aus meiner Sicht ist die schwarze Fraktion heute schwach, sie haben wenig profilierte Köpfe, die eine eigene Position erarbeiten könnten. Sie verlassen sich auf die Regierung. Das war vorher nicht so. Da gab es ein paar profilierte Abgeordnete, die der VU-Regierung nicht immer folgten. Ein Peter Wolff etwa konnte die Regierung Frick durchaus attackieren, so etwas habe ich bei den Schwarzen nicht mehr erlebt.

Hat sich das Klima im Landtag seit dem 16.3.03 verändert?

Es hat sich seit dem Regierungswechsel viel verändert. Die Verfassungsdiskussion hat eine brutale Wendung genommen und das bestimmte (auch) das Klima im Landtag. Die Situation ist im Vergleich zu früher verkrampt, es kommt kaum noch vor, dass Vertreter aller Parteien nach den Landtagssitzungen zusammensitzen, um noch ein Bier zu trinken. Das war früher anders. Die Auswirkungen des Verfassungskampfes sind massiv.

Wie kam der Weihnachts-Aufruf des Vereins zur Stärkung der Volksrechte bei dir an?

Ich habe es sehr gut gefunden, dass man einen Versuch machte, die Fronten aufzulockern. Er ist

nicht von allen Parteien gleich aufgenommen worden, die Schwarzen nahmen gleich eine Abwehralage ein. Unterschwellig kommunizierten sie, dass der Aufruf von der falschen Seite komme und ohnehin nur von Kräften, die gegen die Fürstenvorlage waren. Von daher löste er keine grossen Reaktionen aus.

Wie kommt der FBP-Präsident dazu zu sagen, du hättest dich in die VU-Fraktion integriert?

Das ist sachlich gesehen ein Schwachsinn. Ich habe noch nie an einer Sitzung der VU teilgenommen, ich habe mich nie darum gekümmert, wie die VU in Sachfragen stimmt. Bei Wahlen kommt es natürlich schon vor, dass man fragt, hätte der oder diese eine Chance, aber darüber habe ich mich natürlich auch schon mit FBP-Abgeordneten unterhalten.



Der FL-Landtagsabgeordnete Paul Vogt lehnt aus gutem Grund Alleinregierungen prinzipiell ab.

Ich habe mich immer bemüht, meine Positionen sachlich zu begründen und ich denke, dass mir das in der Regel auch recht gut gelingt. Was Johannes Matt erzählt, ist bewusste Wahlstrategie. Die FBP benimmt sich konsequent so, als ob es nur zwei Parteien im Land gäbe. Sie negiert die Freie Liste und damit den politischen Pluralismus. Johannes Matt weiss genau, dass ich immer wieder Positionen vertritt, die von der VU abweichen oder dort nicht mehrheitsfähig wären. Aus wahltaktischen Gründen will die FBP den Eindruck vermitteln, die FL sei Teil der VU. Damit sollen unzufriedene FBP-WählerInnen wieder fester an die Partei gebunden werden – sozusagen mangels Alternativen. Ich möchte auch daran erinnern, dass es die FBP ist, die mit allen Mitteln

Fortsetzung von Seite 3

versucht, die Freie Liste auszugrenzen. Man will mich nicht in Landtagskommissionen, man will Anhänger der FL nicht in Landeskommissionen und Verwaltungsräten von öffentlichen Anstalten usw. Diese Politik steht in klarem Gegensatz zur Hauptaussage im Wahlkampf, nämlich Einbezug aller Kräfte.

Wie beurteilst du die Ausgabenpolitik der Regierung?

Das Finanzverhalten der FBP ist sehr widersprüchlich. Auf der einen Seite gibt es nach wie vor Wachstumsbereiche, wo man bereit ist, sehr grosszügig Geld auszugeben. Stichworte sind etwa Bahnen im Malbun, Parkplatz Schaan, wo man über 10 Millionen Franken für eine Parkgarage beschlossen hat, obwohl es sicher keine Landesaufgabe ist, in den Gemeinden Parkhäuser zu errichten. Radio L ist ein weiteres Beispiel, wo man sehr grosszügig Geld investiert oder der Bereich Besoldungswesen, wo man Gehälter für Regierungsmitglieder und Spitzenbeamte relativ grosszügig hinaufsetzt.

Man sollte besser in aller Ruhe und Sachlichkeit über die Rolle der Monarchie in einem demokratischen Staat diskutieren.

Dieser Diskussion werden wir uns stellen müssen, ich meine, diese Auffassung hat nichts mit Schüren von Unmut zu tun.

Man wird sich fragen müssen, inwiefern ein Fürst zugleich aktiver Politiker sein kann, inwieweit er das politische Handeln vorgeben und Zukunftskonzepte entwickeln und bestimmen kann.

Auch für Imagekampagnen ist immer genügend Geld da. Tatsächlich ist aber die Finanzsituation knapper geworden, die Einnahmen sprudeln nicht mehr wie früher. Die Ausgabenpolitik muss neu überdacht werden. Doch so einfach kann man es sich nicht machen, dass man mit einem Sozialabbau beginnt, z.B. mit der Streichung der staatlichen Beiträge an die NBU. Dass es sich dabei um einen Sozialabbau handelt, lässt sich nun wirklich nicht wegdiskutieren. Wenn man sparen will und muss, dann geht es nicht anders, als dass man sich überlegt, wo der Staat effizienter werden kann oder wo übertriebene Standards herabgesetzt werden können. Das ist ein sehr aufwändiger, komplizierter Prozess.

Wo siehst du Sparpotential ohne sozialen Abbau zu betreiben?

Die Aufgaben des Staates müssen überdacht werden. Diese sind meist durch Gesetze vorgegeben, was wiederum entsprechendes Personal verlangt. In der Finanzpolitik kann das Steuer nur herumgeworfen werden, wenn der Druck sehr gross ist. Was man kurzfristig in vielen Fällen machen kann, ist die Ansprüche herunterzuschrauben. Die Anspruchshaltung ist aber nach wie vor gross. Ich sehe auch bei der allgemeinen Verwaltung Sparpotential. Wenn man schaut, wie der sog. Unterbau der Regierung - also die Zahl der engeren Regierungsmitarbeiter - in den letzten 10 Jahren gestiegen ist, so muss man sich schon fragen, ob das wirklich nötig war. Damit wurden auch die Verwaltungsabläufe immer komplizierter. Die Bürgerinnen und Bürger haben manchmal nicht zu Unrecht den Eindruck, dass sich die Staatsangestellten gegenseitig stark beschäftigen und die Abläufe effizienter gestaltet werden müssten. Es ist kein Zufall, dass das grösste Ausgabenwachstum in den letzten 10 Jahren bei der allgemeinen Verwaltung zu verzeichnen war.

Wo siehst du den grössten Handlungsbedarf?

Wenn man von der Verfassungsdiskussion absieht, die uns noch lange beschäftigen wird, ist die Verkehrspolitik ein dringendes Anliegen. Da hat die heutige Regierung eine riesige Bringschuld, mit grossen Worten wurde immer wieder ein tolles Konzept angekündigt. Passiert ist gar nichts. Da wird von einem neuen öffentlichen Verkehrsmittel geträumt, doch muss alles streng geheim bleiben. Dem Landtag verweigert man in rechtlich mehr als fragwürdiger Weise die Auskunft, in welche Studien Geld investiert wird und aus Österreich erfährt man dann, dass die Regierung trotz aller Dementis an eine Hochbahn denkt. Peinlich und absurd zugleich. Wäre die Regierung an der Meinung der Leute interessiert, müsste sie doch diese einladen, ihre Meinungen einzubringen. Früher oder später wird die Regierung auch merken, was für ein kapitaales Eigengoal sie mit dieser sturen Kommunikationsverweigerung schießt.

Ist das nicht allgemein der Trend, dass andere Kräfte ins Abseits gestellt werden?

Einerseits kann man sicher feststellen, dass das etwas ist, worüber jede Opposition klagen wird. Aber das ist wirklich nur die eine Seite: Die FBP ist mit dem Wahlversprechen angetreten, mehr und besser zu kommunizieren und die Leute mehr in die

Entscheidungen einzubeziehen. Was ich aber heute immer wieder glaube feststellen zu müssen, ist, dass Entscheidungen zuerst in einem relativ kleinen Kreis getroffen werden und dann im Nachhinein «kommuniziert» werden. Über ein Problem wird erst geredet, wenn die Lösung - oder was man dafür hält - vorliegt. Beispiele gibt es noch und noch: Abschaffung der NBU-Beiträge, Verstaatlichung von Radio L usw. Kommuniziert werden muss, bevor ein Entscheid steht, nur dann kann man gemeinsam zu (hoffentlich besseren) Lösungen kommen.

Die Verfassung wird uns also weiterhin beschäftigen, nach Interpretation der FBP hat die Regierung Hasler «Ruhe ins Land» gebracht?

Ich denke nicht, dass die Verfassungsdiskussion ad acta gelegt werden kann. Die neue Verfassung hat klare demokratische Defizite. Wenn der Fürst je seine überschüssenden Rechte anwenden sollte, wird es einen neuen Schub in der Verfassungsdiskussion geben. Kommt es dazu, kann es leicht zu einer schweren Staatskrise kommen. Man sollte besser in aller Ruhe und Sachlichkeit über die Rolle der Monarchie in einem demokratischen Staat diskutieren. Dieser Diskussion werden wir uns stellen müssen, ich meine, diese Auffassung hat nichts mit Schüren von Unmut zu tun. Man wird sich fragen müssen, inwiefern ein Fürst zugleich aktiver Politiker sein kann, inwieweit er das politische Handeln vorgeben und Zukunftskonzepte entwickeln und bestimmen kann. Ein bestimmender Einfluss des Monarchen auf die Politik beisst sich mit der Demokratie. Diese ist offen für die Auseinandersetzung um unterschiedliche Lösungen, sie will Entscheide in einem demokratischen Entwicklungsprozess herbeiführen, das heisst durch das Finden von Mehrheiten. Ein Staat ist kein Unternehmen, wo der Chef entscheidet, wo es hingehet. Der Fürst denkt in Kategorien, die in einem Privatunternehmen gültig sein mögen, aber für einen Staat unangemessen sind.

Die Wahlen stehen bevor, was ist dein dringendster Wunsch?

Wichtig für einen starken Landtag ist, dass es keine Alleinregierung mehr gibt. Die Volksvertretung wird gestärkt, wenn keine Partei allein eine Mehrheit hat. In diesem Sinn bin ich überzeugt, dass ein Wahlerfolg der Freien Liste mit drei Mandaten den Landtag stärken und interessanter machen würde. (kj)

Politik kann frau lernen.

Frauen meinen immer, sie müssen mehr und das auch noch besser können als Männer, bevor sie sich für ein politisches Amt entscheiden. Auch wenn Vieles dagegen spricht, nimmt die Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann dieses Bedürfnis auf und bietet ab Mai 2004 einen Politiklehrgang für Frauen an. Dieser Lehrgang richtet sich an alle politisch interessierten Frauen.

Das Ziel dieses Lehrgangs:

- Frauen setzen sich Ziele und treffen bewusste Entscheidungen.
- Frauen bekommen Einblick in politische Vorgänge.
- Frauen erkennen Konflikte und bearbeiten diese konstruktiv und verhandeln erfolgreich.
- Frauen tauschen sich fraktions- und länderübergreifend bei Problemstellungen aus und bilden ein frauenpolitisches Netzwerk
- Frauen nützen die Lehrgangsgruppe als Lernpotential.

In Zusammenarbeit mit dem Land Vorarlberg wird in 6 Modulen das politische Rüstzeug vermittelt. Jene Module, die Liechtenstein-spezifisch sind, werden von liechtensteinischen ReferentInnen bestritten. Der Lehrgang beginnt Anfang Mai. Anmeldungen nimmt das Gleichstellungsbüro Liechtenstein unter der Telefonnummer 236 60 60 oder unter e-mail: bernadette.kubik-risch@gsb.liv.li entgegen.

Die Erfahrung zeigt, dass dieser Politiklehrgang sehr schnell ausgebucht ist. Interessierte sind daher eingeladen, sich bis spätestens 5. April 2004 anzumelden.

Der Politiklehrgang für Frauen kann zu einem sehr guten Preis angeboten werden. Der Lehrgang wird aus den Mitteln der Gleichstellungskommission durch die drei Parteien unterstützt. (kj)

Politik und Sport sind artverwandt. Besonders in Liechtenstein. Beides sind Freizeitbeschäftigungen, wobei es ein grosses Feld an Breitensport und -politik gibt und die Dichte in Spitzensport und -politik dünn ist. Im Sport wie auch in der Politik wird gerne über Resultate gestritten. Dabei geht es weniger um Fakten, sondern darum, wie es zu einem entsprechenden Resultat kam. Analyse nennt sich das. Und zu dieser ist jeder berechtigt. Nehmen wir zum Beispiel die Aussage der jetzigen Regierung, sie hätte bis zum jetzigen Zeitpunkt 80 Prozent ihrer Wahlversprechen erfüllt. Darauf gibt es drei Antworten: 1. Das stimmt. 2. Das stimmt nicht. 3. Was denn für Wahlversprechen?

Ausgewickelte Kräfte können sich jedenfalls nur an das Versprechen der Einbindung der Kräfte erinnern. (Ob das die fehlenden 20% sind?)

Im Moment beschäftigt die Analytiker das Thema ‚Sparen‘. Da kommen auf eine umstrittene Sparmassnahme zwei seltsame Ausgabeentscheidungen. Ein Schritt voraus, zwei Schritt zurück. Die effektivste Sparmassnahme der Regierung findet jedoch im Bereich Argumentation statt. Da wird nicht viel Energie verschwendet, um einen Sachverhalt klarzustellen.

In der Verfassungsfrage genügte es zum Beispiel, die ganze Argumentation auf die Formel zu reduzieren: Wer nicht mit uns ist, ist gegen den Fürst. Das war nicht sehr selbstbewusst, aber effektiv.

Bei der Abstimmung über die NBU wird das ebenso verlaufen: Wer nicht mit uns ist, ist gegen das Sparen.

Bei der Abstimmung über das Polizeigebäude heisst's: Wer nicht mit uns ist, ist gegen die Polizei. Mit anderen Worten: Wer gegen das Polizeigebäude ist, hat etwas zu verbergen! Ist ein Polizeiabschaffer. Ein Polizeiverräter. Ein Polizeifeind.

Die Situation ist mittlerweile so absurd, dass sich folgender, fiktiver Dialog möglicherweise tatsächlich so zugetragen haben könnte:

A: Wie kannst du nur dem armen Regierungschef so in den Rücken fallen!?

B: Ich falle niemandem in den Rücken. Ich bin einfach der Meinung, dass mit der Streichung der NBU-Beiträge durch die Regierung Sozialabbau betrieben wird.

A: Wegen 5 Schutz?

B: Es geht doch nicht um die 5 Schutz, sondern ums Prinzip. Abgesehen davon sind es gar nicht 5 Schutz!

A: Es sind 5 Schutz

B: Hör mal. Wenn man das richtig zusammenrechnet, dann sind es 17 Schutz 50. Aber man muss das eh in einem grösseren Zusammenhang sehen. Wenn wir das jetzt zulassen, dann kommen als nächstes die...

A: Wegen 5 Schutz diskreditierst du jetzt den armen Regierungschef?

B: Nochmals: mit dem Regierungschef hat das nichts zu tun! Zweitens: es geht nicht um 5 Schutz! Es geht um den Sozialabbau, der letztlich jeden von uns treffen kann!

A: Wegen 5 Schutz?

B: Aaaaaaaaaaaaaaarghh!!!!!!!!!!!!!!

A: Und dann die innere Sicherheit! Wie kannst du nur dem armen Regierungschef so in den Rücken fallen!?

B: Ich falle niemandem in den Rücken. Ich bin einfach der Meinung, dass die Kosten für den Ausbau des Polizeigebäudes unverhältnismässig hoch sind.

A: Wegen 2,2 Prozent Folgekosten?

B: Es geht doch nicht um die 2,2 Prozent, sondern ums Prinzip! Abgesehen davon sind es gar nicht 2,2 Prozent!

A: Es sind 2,2 Prozent.

B: Hör mal. Im Landtag hiess es, es sind 7 Prozent. Aber man muss das eh in einem grösseren Zusammenhang sehen. Wenn dem Staat langsam die Gelder ausgehen, dann steigen die Steuern ...

A: Wegen 2,2 Prozent Folgekosten diskreditierst du jetzt den armen Regierungschef?

B: Nochmals: mit dem Regierungschef hat das nichts zu tun! Zweitens: es geht nicht um 2,2 Prozent! Aber wenn wir irgendwann mal kein Geld mehr haben, dann trifft es als erstes die sozial Schwachen und dann kann es durchaus sein, dass die innere Sicherheit ...

A: Genau! Und wegen dir haben wir dann kein Gefängnis!!

B: Aaaaaaaaaaaaaaarghh!!!!!!!!!!!!!!

Mathias Ospelt

Das Freie Liste-Wahlteam 2005 hat sich am 7. Februar 2004 zum ersten Meeting getroffen, um die Weichen für die Wahlen 2005 zu stellen. Als Partei mit einem klaren Programm will die Freie Liste auch starke KandidatInnen nominieren, um ihr Gewicht im Landtag zu erhöhen. Sie ist die einzige Partei, die ohne zu Taktieren zu ihren Werten steht und sich dafür einsetzt. Nein zu Alleinregierungen. Mit drei FL-Abgeordneten will die Freie Liste in Zukunft verstärkt Macht kontrollieren, mitgestalten und den Landtag stärken.



Eine der Arbeitsgruppen, die sich intensiv mit dem Parteiprogramm auseinandersetzt.



Nachdenken über die Zukunft...



Zu lachen gab es einiges...

Im Dezember 2000 erklärte Liechtensteins Regierung, «die Aufarbeitung der Rolle Liechtensteins während des Zweiten Weltkrieges» sei von «nationaler Bedeutung». Grund: Ein Pressevorstoss des World Jewish Congress (WJC) vom Juli 2000 hatte sowohl Regierungs- wie Banken- und Industrie-Repräsentanten alarmiert. Von WJC-Vertreter Elan Steinberg wurden Dokumente angekündigt, welche liechtensteinische Hilfe bei der Verschiebung von NS-Raubwerten belegten.

Um solchen Anwürfen politisch glaubwürdig zu begegnen, kam man auch in Liechtenstein auf die Idee, eine Historikerkommission einzusetzen. Auf die Forschungsergebnisse der UHK Liechtenstein darf noch gewartet werden.

Als das offizielle Liechtenstein den WJC-Vorwürfen umgehend mit demonstrativem Aufarbeitungswillen entgegnete, hatte es wohl das mahnende Beispiel seiner Nachbarländer vor Augen. In der Sache selber wurde indessen kaum informiert. Der WJC hat seiner Ankündigung keine weiteren Details folgen lassen. Und wer danach fragt, wie denn liechtensteinische Personen und Institutionen in die Kriegs- und Vernichtungsaktivitäten des NS-Staates verwickelt waren, stösst in den Medien Liechtensteins auf ein bezeichnendes Schweigen. Dies hat wohl mehrere Gründe. Zum einen sind die Liechtensteiner Tagesmedien durch die Thematik der NS-Zeit schlicht überfordert und halten sich im Regelfall unkommentiert und unreflektiert an die Auskünfte des Historikers und UHK-Vorsitzenden Peter Geiger. Zum anderen ist eine Auseinandersetzung mit Liechtenstein in der NS-Phase nicht zu führen, ohne Nutzen und Abhängigkeit des Landes vom Wohlwollen des Auslands auch historisch ungeschminkt offen zu legen.

Dabei ist die gegenwärtige Vergangenheitspolitik der liechtensteinischen Regierung gerade auf ausländische Hilfe angewiesen: Im Landesarchiv in Vaduz liegt nur ein kleiner Teil der Quellen zu den NS-Beziehungen Liechtensteins. Die UHK selber ist nach schweizerischem Modell gestrickt und muss sich auf das Know How ehemaliger Mitarbeiter der Bergier-Kommission stützen. Wie weit schliesslich die politische Bereitschaft reicht, das Erbe der Kriegs- und Krisenjahre in seinen Langzeitfolgen anzutreten, zeigt sich erst unter der Alleinregierung der konservativen Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP).

Verdrängung und Aufklärung

Einen ersten Anlauf nahm die liechtensteinische Geschichtsaufarbeitung in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg bereits 1945, mit behördlichen Massnahmen gegen Personenkreise, die pronazistischer Tätigkeit verdächtig waren. Die Dokumente dieser «Säuberungen» wurden freilich nie publik. Sehr bald schlug man mit Blick auf die NS-Zeit versöhnliche Töne an und setzte eine von den zwei Parteien FBP und (VU) sowie dem Landesfürsten tatkräftig gestützte Legendenbildung ein. Beschwiegen wurden insbesondere jene Kooperationsbereiche mit Hitlerdeutschland, welche das Bild des weltkriegsverschonten, von Heilmächten durch die Kriegswirren geführten katholischen Fürstentums befleckten. Die Ansicht des am Kriegsgeschehen unbeteiligten Liechtenstein wird durch die wissenschaftliche Befassung mit dessen Weltkriegsphase widerlegt. Anfänglich durch Arbeiten deutscher Historiker erschlossen, ist die Krisen- und Kriegszeit seit 1987 Gegenstand eines umfassenden Forschungsvorhabens des Liechtenstein-Historikers Peter Geiger.

Die quellennahe Aufarbeitung entwirft ein komplexes Bild der Einbettung des Landes in äussere Machtverhältnisse. Während des Zweiten Weltkrieges war das wirtschafts- und bevölkerungsschwache Fürstentum durch Zollvertrag und diplomatische Vertretung eng mit der Schweiz liiert. Nach der Angliederung Österreichs 1938 spalteten Anschlussängste und -sehnsüchte gegenüber dem neu angrenzenden Nachbarn Grossdeutschland die Sippen und Parteien des Landes. Auch die offizielle «Anpassungs- und Beschwichtigungspolitik» gegenüber dem Dritten Reich war nicht allein von Arbeitsplatzsuche im Ausland und der Sorge um die staatliche Integrität geprägt. Bis in die Führungsspitzen der Monarchie bestimmten Bewunderung, Sympathien und kalkulierter Opportunismus die Annäherung an die grossdeutsche Neuordnung Europas. Eine Haltung, die ähnlich wie in der Schweiz vom Kriegsverlauf beeinflusst war und spätestens ab Sommer 1943 in eine verstärkte Orientierung an einer westalliierten Nachkriegsordnung übergang. Bis zu jenem Zeitpunkt hatte die liechtensteinische Kooperation mit Personen und Stellen im NS-Staat bereits ein grösseres Ausmass angenommen. Ein für den Zwergstaat beachtliches Kontingent von rund 70 Wehrmachts- und Waffen SS-Freiwilligen kämpfte für den «Endsieg», auf liechtensteinischem Territorium knüpften der deutsche Wehrmachts- und der SS-Auslandsge-

heimdienst nachrichtendienstliche Verbindungen, die bis auf Regierungsebene reichten. Fürst Franz Josef II., seit 1938 in Vaduz residierend, trug die Beschwichtigungspolitik seiner Regierung mit. Wiewohl ihn die lauten Töne der Nazis verschreckten, nützte er die Gunst der historischen Stunde und liess nach 1938/39 Revisionsverhandlungen einleiten, zur Rückgabe seiner ehemaligen Besitzungen im nunmehr von den Deutschen verwalteten Reichsprotektorat Böhmen und Mähren.

Kriegsökonomie

Für deutsche Stellen wiederum war das Fürstentum gerade ob seiner Unscheinbarkeit und Grenznähe zur Schweiz von Interesse. Der militärisch mögliche Anschluss wurde suspendiert und die liechtensteinische Peripherie zur Einschleus- und Kontaktzone von Funktionären und Unterhändlern der deutschen Wirtschaftsspionage und Kriegsökonomie. Als Anhängsel der Schweiz war Liechtenstein nachgewiesenermassen im Bereich der deutschen Industrieverlagerung von Nutzen. Der Aufbau kriegswichtiger Zulieferbetriebe folgte dem Schwung der militärischen Südost-Expansion des Reichs; eingeleitet über Kontakte mit SD- und Abwehr-Vertretern und im Rahmen des kontingentierten schweizerischen Aussenhandels mit dem Reich.

Bis in die Führungsspitzen der Monarchie bestimmten Bewunderung, Sympathien und kalkulierter Opportunismus die Annäherung an die grossdeutsche Neuordnung Europas.

Weniger durchsichtig ist Liechtensteins Rolle im Bereich reichsdeutscher Finanzoperationen, sei es der kriegsdienstlichen Devisenbeschaffung oder – später – der teils individuellen, teils organisierten Fluchtbewegungen deutschen Kapitals und Personals. Dafür, dass es in diesem Bereich liechtensteinische Hilfestellung geben konnte und gab, sprechen mehrere Umstände.

Begründeter Verdacht

Trotz der Kleinheit des Landes waren die technischen und personellen Voraussetzungen für umfangreiche Finanzgeschäfte gegeben: Für verschwiegene Vermögensanlagen und -transfers boten sich liechtensteinische Finanzdienstleister seit den späten Zwanzigerjahren an, die Einkünfte aus diesem Sektor deckten einen Grossteil des bescheidenen Staatshaushaltes. Die wenigen Rechtsagenten,

Treuhänder und Finanzinstitute, welche auch während des Zweiten Weltkrieges den «Laden führen», waren teils politisch einflussreich und bedienten sowohl jüdische wie arische Kundschaft aus dem Reich. Nach Kriegsbeginn machte die Lage im Windschatten der Schweiz und im von deutscher Seite begehrten Franken-Währungsraum auch Liechtenstein für Finanztransfers interessant. Von welcher Art diese waren, wer an ihnen beteiligt war und welchen Umfang sie erreichten, darüber sollte nicht zuletzt die UHK Liechtenstein Aufschluss geben. Mithin wiesen auch politische Sympathien den Weg ins Fürstentum. An der Geschäftsspitze zweier traditioneller Finanzinstitute – der fürstlichen Bank in Liechtenstein und der Präsidialanstalt – sass bei Kriegsende Nationalsozialisten. Die Vermutung einer Liechtenstein-Fluchtroute reichsdeutscher Kapitalien lässt sich durch weitere Quellengruppen abstützen. Ende des Krieges fanden ökonomische Dienstleister des NS-Regimes in Liechtenstein Unterschlupf. Unter ihnen befanden sich etwa Görings Juweleneinkäufer Kurt Herrmann, der Rüstungsberater und Waffenhändler Rudolf Ruscheweyh oder der Bankier und «Reichstreuhänder» Adolf Ratjen. Die Genannten waren mit der Organisation jener Kapitalflüsse des NS-Staates betraut, die aus Zwangsarbeit, Beraubung und Handelspressionen genährt wurden.

Diese Zusammenhänge waren in Liechtenstein bislang nur gerüchteweise bekannt, Gegenstand erstlicher Nachforschungen oder Nachfragen durch die Landesbehörden wurden sie nie. Im Gegenteil: Ein Finanzexperte wie Ratjen, NSDAP-Mitglied und Teil der Wirtschaftselite NS-Deutschlands, machte seine Nachkriegskarriere an der Spitze der fürstlichen Bank in Liechtenstein. Liechtensteinische Firmen und Personen befanden sich schliesslich auf den schwarzen Listen der Alliierten, die im Rahmen der Operation Safehaven zur Blockierung deutschkontrollierter Vermögenswerte angelegt wurden. Im April 1945 resümierte der US-Geheimdienst seine Ergebnisse zu den Wegen der deutschen Vermögensflucht durch die Schweiz und nannte dabei auch Geld und Besitz, die in Liechtenstein einbehalten werden.

Jürgen Schremser

Die Mediengeschichte hat mit der Herausgabe der Liechtensteinischen Landeszeitung im Jahre 1863 relativ spät begonnen. Die Zeitung ging fünf Jahre später wieder ein, und nach einem gescheiterten neuen Zeitungsversuch wurde 1878 schliesslich das Liechtensteiner Volksblatt erfolgreich lanciert. 1914 kam eine zweite Zeitung hinzu: die Oberrheinischen Nachrichten, eine Vorläuferzeitung des Liechtensteiner Vaterlandes.

Nach der ebenfalls relativ späten Phase der Parteigründungen im Jahr 1918 wurden beide Zeitungen zu Parteizeitungen. Damit war die bis heute bestehende strukturelle Bindung der Medien an die Parteien vollzogen.

Es gab immer wieder Anläufe zu weiteren Medien. Bezeichnenderweise waren die meisten Versuche politisch motiviert. Die seit 1995 erscheinende Liechtensteiner Woche (LieWo) ist eines der wenigen Printmedien, das sich kommerziell länger behaupten konnte. Die Medienlandschaft Liechtensteins präsentiert sich somit quantitativ eher karg.

Somit verfügen wir bis dato gleich über zwei amtliche Publikationsorgane – und dies, obwohl das Kundmachungsgesetz seit 1985 ein Amtsblatt als amtliches Kundmachungsorgan vorsieht.

Bei den elektronischen Medien sieht es nicht besser aus. Nach dem Landessender 1938/39 war Funkstille bis zum Start von Radio L im Jahr 1995. Der private Fernsehsender «XML» startete 1998. Das Ende dieser beiden Privatinitiativen ist bekannt: Fast zeitgleich wurde aus dem Privatradio per 2004 der öffentlich-rechtliche Sender «Radio Liechtenstein», während XML mangels Sendeleistung die Konzession entzogen wurde.

Überdimensionierter Printmarkt

Es ist leicht zu erkennen, dass der begrenzte liechtensteinische Markt für profitable Medienprojekte tendenziell zu klein ist. Bei einer Bevölkerung von 34'000 Menschen sind private Sender kaum finanzierbar. Mit Blick auf das Aussterben von Lokal- und Parteizeitungen in den Nachbarstaaten ist auch die Existenz von zwei Tageszeitungen – und dann noch als Parteizeitungen – für einen kleinen Kommunikationsraum wie Liechtenstein untypisch und

eigentlich bereits überdimensioniert. Nach Marktkriterien und mit rein publizistischen Motiven würde dies kaum funktionieren. Dank parteipolitischer Motivation, privatem Engagement und mit Unterstützung des Staates geht es schon eher, aber auch nicht immer. Dies zeigen die Beispiele von Radio L und von XML.

Kundmachungen sind staatliche Medienförderung

Bereits die Liechtensteinische Landeszeitung von 1863 fungierte als amtliches Publikationsorgan und konnte somit auf wichtige Einnahmen aus der Staatskasse zählen. Später wurde dieses Privileg einer versteckten Subvention nicht nur dem Liechtensteiner Volksblatt, sondern auch den Oberrheinischen Nachrichten bzw. dem Liechtensteiner Vaterland zuteil. Somit verfügen wir bis dato gleich über zwei amtliche Publikationsorgane – und dies, obwohl das Kundmachungsgesetz seit 1985 ein Amtsblatt als amtliches Kundmachungsorgan vorsieht. Andere Medien hätten sich diese Finanzquelle auch gerne erschlossen. 1927 gab Buchdrucker Hans Nescher einen Gratisanzeiger mit dem Titel «Heimatland» heraus, der aber bereits nach wenigen Ausgaben wieder eingestellt wurde. Die Regierung hatte sich geweigert, ihn in den Kreis der amtlichen Publikationsorgane aufzunehmen. Dies im Gegensatz zur «Volkswirtschaftlichen Zeitung» 1931/32 wie auch dem «Liechtensteiner Heimatdienst», welchem die amtlichen Publikationen allerdings aus politischen Gründen vorübergehend entzogen wurden. Der «Liechtensteiner» ging in den 1960er Jahren sogar bis vor den Staatsgerichtshof, um sich die öffentlichen Inserategelder zu erstreiten – erfolglos. Die staatliche Medienförderung war also durchaus parteilich und selektiv.

Indirekte Förderung erhält Verstärkung durch ein Medienförderungsgesetz

Im Jahr 2000 wurde diese indirekte staatliche Medienförderung durch eine direkte Förderung auf der Grundlage eines Medienförderungsgesetzes ausgeweitet. Das Gesetz bezweckt «die Erhaltung und Förderung der Vielfalt der Medienlandschaft in Liechtenstein und die Gewährleistung eines freien und unabhängigen Meinungsbildungsprozesses der Bevölkerung sowie die Abgeltung von Leistungen der Medien.» Wenn man bedenkt, dass seit Bestehen des Medienförderungsgesetzes ein Privatradio den Betrieb aufgab, einem Fernsehsender die Konzession mangels Sendeleistung entzogen werden muss-

te, und die Tageszeitungen nicht weniger parteipolitisch berichten als vor der Medienförderung, kann man die Zweckmässigkeit der Medienförderung durchaus in Frage stellen. Jedenfalls scheint die Vielfalt nicht markant zugenommen zu haben. Mit der Umwandlung von Radio L in einen Staatssender ist auch die wegen der Kontrollfunktion erwünschte Distanz zwischen Mediensystem und politischem System kaum grösser geworden.



Die Landesmedien werden aus unterschiedlichsten Töpfen gefördert – einer davon heisst «Kundmachungen».

Kundmachungen – ein teurer Spass

Kurz vor Ablauf der Mandatsperiode der Medienförderungskommission wäre also Reflexion angesagt. Was will man mit der Medienförderung? Wie wird das Geld verteilt? Welche Erfolge wurden erreicht? Wie sind die Zuständigkeiten geregelt?

Bereits nach dem bestehenden Medienförderungsgesetz rühren mehrere Köche im Brei. Die Kommission ist für die Ausschüttung von ordentlichen Beiträgen zuständig (ca. 1 Million Franken), die Regierung kann Beiträge aufgrund von Leistungsvereinbarungen ausschütten (ca. 1 Million Franken), der Landtag beschliesst über ausserordentliche Beiträge als Investitionszuschüsse.

Jetzt kommt noch der Verwaltungsrat von Radio Liechtenstein mit weiteren Kompetenzen hinzu, wobei nach dem neuen Rundfunkgesetz die Wiedereinführung von Rundfunkgebühren als zusätzliche Finanzquelle prinzipiell möglich geworden ist. Zu diesem Gewirr an Zuständigkeiten, politischen

Zugriffen und Fördertöpfen kommen noch die versteckten Subventionen aus den amtlichen Kundmachungen. Es ist jedoch offen, wie lange diese noch gewährt werden. Sie kosten private Inserenten und unfreiwillige Abonnenten sowie den Staat viel Geld, sodass ein Amtsblatt wahrscheinlich die faire, bessere und kostengünstigere Lösung wäre.

Medienförderung für journalistische Leistungen

Die Vielfalt der Medien und der Meinungen ist zweifellos ein Demokratieerfordernis, da die Politik von einer kritischen Öffentlichkeit – wozu namentlich die Medien gehören – begleitet werden muss. Auch in Liechtenstein nehmen die Anonymisierungstendenzen zu, sodass die Informationsvermittlung über Medien in Ergänzung zur interpersonalen Kommunikation und der Versammlungsöffentlichkeit eine zunehmende Rolle spielt.

Es geht aber nicht allein darum, Printmedien und elektronische Medien zu haben. Sie müssen auch ihren journalistischen Aufgaben gerecht werden. Dazu braucht es finanzielle Mittel für Recherchen, aber auch Freiräume in den Redaktionsstuben. An diesen qualitativen Zielen sollte sich die Medienförderung verstärkt orientieren. Wie wäre es, wenn die Medienförderung künftig für journalistische Leistungen reserviert wäre, die jenseits von Unterhaltung, Verlautbarung, Gefälligkeitsberichterstattung und Parteienoptik angesiedelt ist? Das bedingt aber auch, dass alle Förderungen in die gleiche und richtige Richtung zielen. Bisher wurde insbesondere Strukturhaltung betrieben. Der nächste Schritt sollte in der Qualitätssteigerung liegen. Dann ist auch eine grosszügige Medienförderung gerechtfertigt. Je transparenter und begründeter sie erfolgt und je weiter sie dem direkten Zugriff der Parteien entzogen ist, um so besser dürfte das Ergebnis sein.

Wilfried Marxer

Sigvard Wohlwend wurde vor vier Jahren von der Freien Liste für die Medienkommission vorgeschlagen und vom Landtag gewählt. Er stellt sich nicht mehr für eine weitere Mandatsperiode zur Verfügung. Wie er die Arbeit der Medienkommission in den letzten vier Jahren und den Sinn von Leistungsvereinbarungen einschätzt, erfahren Sie im folgenden Interview.

fi-info: Was ist die zentrale Aufgabe der Medienkommission?

Nach dem Gesetz ist die Aufgabe der Kommission, Medienförderungsanträge zu prüfen und – wenn sie den gesetzlichen Kriterien erfüllen – entsprechend zu fördern. Daneben ist die Medienkommission Beschwerdeinstanz bei Beschwerden gegen die Radio L-Berichterstattung oder auch Nicht-Berichterstattung.

Wie bewertest du die Arbeit der Medienkommission?

Es war eine zweigeteilte Arbeit. Die erste Kommission war unter der VU-Regierung gewählt worden (2000). Die damalige Regierung versuchte, die Kommission möglichst weit weg von sich anzusiedeln. Die Medienkommission I wollte sehr aktiv Qualitätsberichterstattung fördern. Nicht inhaltlich, aber es gibt natürlich Kriterien, woran die Qualität journalistischer Arbeit messbar ist. Dann kam es aus verschiedenen Gründen zum Krach zwischen der Kommission und der neuen Kommunikationsministerin. Der Präsident trat zurück und mit ihm die halbe Kommission, für die Ersatzmitglieder gewählt werden mussten. Die Medienkommission II ging die Sache etwas pragmatischer an. In der jetzigen Besetzung arbeitete die Kommission rund zwei Jahre

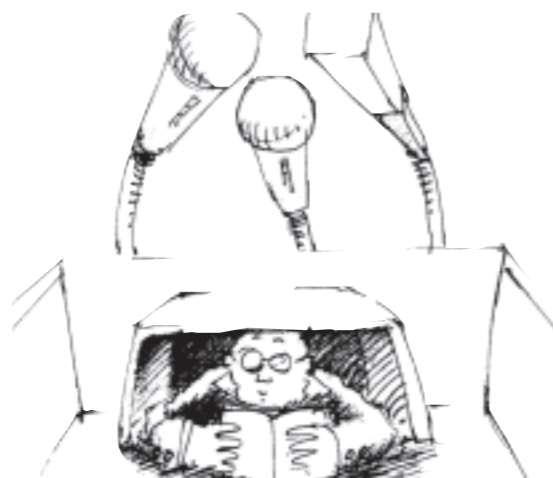
Welche Veränderungen waren mit der Neubesetzung verbunden?

Die neue Regierung hat ganz offensichtlich versucht, direkten Einfluss auf die Kommission auszuüben. Eine Wirkung ist – zum Glück – allerdings ausgeblieben. Die Kommissionsmitglieder haben viel Zeit und Energie verwendet, um den Anträgen so gerecht wie möglich zu werden. Die Arbeit der Medienkommission ist sehr schwierig, weil man sich schnell dem Verdacht aussetzt, dass man Zensur betreibt. Schnell kann der Eindruck entstehen, dass gefördert werde, wer sich wohlgefällig verhalte. Und dies war definitiv nicht der Fall. Die Medienkommission hat,

wie ich meine, mit sehr gesundem Menschenverstand Entscheide gefällt.

Also Friede, Freude, Eierkuchen?

So weit würde ich nicht gehen. Aber wenn wir um einen Entscheid gerungen haben, waren es meist konstruktive Auseinandersetzungen. Was mich etwas irritiert seit den Ersatzwahlen, ist, dass immer weniger Mitglieder mit Medienerfahrung in der Kommission sind. Leute, die den Medienbetrieb von innen kennen. Das liegt zum Teil auch am Gesetz, das Personen, die in einem Medienunternehmen arbeiten, die Mitarbeit in der Kommission mehr oder weniger untersagt. Es ist einerseits zu verstehen, andererseits blockiert man Leute, die für die Medienkommission von ihrer fachlichen Ausrichtung her sehr nützlich sein könnten.



Wie stehst du zu Leistungsvereinbarungen?

Die Medienkommission darf eine Empfehlung aussprechen. Die Regierung macht dann aber sowieso, was sie will. Das ist bei den Schwarzen nicht anders, als es bei den Roten war. Eine Leistungsvereinbarung ist nichts anderes als eine schlecht verdeckte Subvention. Die Leistungsvereinbarung wurde während der zweiten Lesung des Medienförderungsgesetzes zusammen gestieft, um das darben-de Radio L aufzupäppeln. Genützt hats wenig, wie wir wissen.»Vaterland« und »Volksblatt« stellten sich daraufhin – zu Recht – auf den Standpunkt, dass sie gleich zu behandeln wären. Nun bekommen auch sie Gelder aus dem Topf Leistungsvereinbarungen, für das, was sie immer schon getan haben: Landtagsberichterstattung, Berichterstattung über die Regierungsarbeit, Katastrophen und Sportanlässe etc.. Eine Geldverteilung, für die die Medienkommission glücklicherweise nicht verantwortlich ist. (kj)

Mauren und Planken sind keine Beispiele gelungener Kommunikation auf der Gemeinderatsebene. In beiden Gemeinden ist ein massiver Überhang der FBP festzustellen, offenbar fördert die Alleinherrschaft einer Gruppierung weder das Kommunikationsverhalten noch den Teamgeist. Wie das in Schaan funktioniert, darüber berichten FL-Gemeinderat Daniel Walser und der FL-Ortsgruppen-Obmann Georg Kaufmann.

fi-info: Daniel, du bist jetzt 1 Jahr im Gemeinderat Schaan. Was ist gut, was weniger gut?

Daniel: Der Einstieg war relativ hart. Erstens war alles neu und erfahrungsgemäss werden am Anfang ein paar personelle Entscheidungen gefällt. Es ging damals um die Wahl der VizevorsteherIn und SchulratspräsidentIn und ich war das Zünglein an der Waage. Da wurde ich sehr stark beobachtet, wen ich wähle. Beim Vizevorsteher habe ich statt der VU-Frau den FBP-Mann unterstützt, das kam gar nicht gut an.



Von der Freien Liste ist man ja eigentlich gewohnt, dass sie Frauen unterstützt, warum hast du dich für den Mann entschieden?

Daniel: Für mich war klar, dass ein VU-Vorsteher ein Gegengewicht braucht. Dazu kommt, dass ein uner-

fahrener VU-Vorsteher von einem erfahrenen ehemaligen FBP-Gemeinderatsmitglied nur profitieren kann. Bei der Wahl der Schulratspräsidentin hingegen war für mich klar, dass die VU-Kandidatin vorzuziehen war.

Bist du im Gemeinderat öfters das Zünglein an der Waage?

Daniel: Bei Sachthemen ist dies weniger der Fall, weil wir eine offene Diskussionskultur pflegen und die Meinungen nicht vorgekocht sind. Lediglich bei der Anstellung eines Kommunikationsbeauftragten war ich wieder gefordert. Da zeigte sich das Parteidenken, das scheint in Personalfragen typisch zu sein.

Die FBP-Vertreter waren gegen die Anstellung eines Kommunikationsbeauftragten, was spricht dafür?

Daniel: Für mich hatten die FBP-Gemeinderäte keine überzeugenden Argumente. Auf die Anstellung aus Kostengründen zu verzichten oder weil man die Kommunikation zur Chefsache erklärt, reicht mir nicht. Vor allem dann nicht, wenn ich die bisherige Kommunikation beobachte: Es fehlt jede Professionalität, wenn Unterlagen an die Medien geliefert werden, die ihnen das Rüstzeug für einen Beitrag liefern sollen. Diese Beiträge waren in der Vergangenheit häufig aus dem Zusammenhang gerissen. Der Vorsteher lehnt sich ja nicht zurück, nur weil er sich eine Fachfrau bzw. einen Fachmann holt. Die offene und gute Kommunikation ist einfach wichtig. Und das ist der Grund, warum ich die Anstellung eines Profis befürwortet habe.

Konntest du in diesem Jahr schon etwas bewirken?

Daniel: Mein Hauptanliegen dieses Jahr ist die flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung auf öffentlichem Boden. Dieses Anliegen wurde mindestens diskutiert, ich war auch nicht allein mit diesem Ansinnen. Zum jetzigen Zeitpunkt allerdings hat das keine Chance. Es werden wirtschaftliche Interessen stärker gewichtet. Für mein Gefühl ist ein grosser Teil des Gemeinderates durchaus für die Einführung einer flächendeckenden Parkplatzbewirtschaftung, aber es wagt zum jetzigen Zeitpunkt niemand, zu diesem Thema Farbe zu bekennen.

Georg, du bist ja der Obmann der Ortsgruppe Schaan. Wie bekommst du die Arbeit von Daniel mit?

Georg: Ich erlebe Daniel als sehr selbständigen

Die beabsichtigte Einflussnahme der Regierung auf die Medienkommission zeigte keine Wirkung.

Fortsetzung von Seite 13

Gemeinderat. Wenn er uns braucht, kommt er zwar auf uns zu, aber grundsätzlich lässt er sich voll auf die Themen und die Arbeit ein und bildet sich selbst eine Meinung, die er dann vertritt. Ich erfahre von den Seiten der anderen Parteien, dass Daniel voll akzeptiert ist und seine Meinungen diskutiert werden. Sowas wie in Planken oder Mauren ist in Schaan nicht vorstellbar. Da arbeitet sicher niemand mit fiesen Methoden. Ich habe auch Kontakt mit den VU- und FBP-Obmännern von Schaan, wir verständigen uns eher über die Öffentlichkeitsarbeit – damit wir uns z. B. nicht gegenseitig mit teurer Werbung zu übertrumpfen versuchen.



Profitierst du von der Zusammenarbeit der Parteiohmänner?

Daniel: Ich brauche unseren Obmann, die anderen zwei brauche ich nicht wirklich. Ich profitiere von Leuten in der Gemeinde und von meinen Gemeinderatskollegen. Die haben inhaltlich für mich mehr Bedeutung. Im Schaaner GR läuft sehr wenig parteipolitisch, es wird über die Sache diskutiert und abgestimmt. Die Meinungen gehen innerhalb der Parteien teilweise weit auseinander. Es macht wirklich Spass, im Schaaner Gemeinderat zu sein.

Wie ist das mit der Protokollführung und Sitzungsleitung. Dein Vorgänger reklamierte vor allem die Endlosdauer der Sitzungen...

Daniel: Daniel Hilti ist sehr speditiv, die Sitzungen sind gut vorbereitet und jeder Gemeinderat ist darauf bedacht, nicht das Votum seines Vorredners aufzunehmen und sinnlos Zeit zu vergeuden. Da ist wirklich grosse Disziplin vorhanden.

Du bist in der Projektgruppe «Schaan mobil» – was will diese Gruppe und wo steht ihr im Moment?

Daniel: Das beschäftigt mich neben der üblichen Gemeinderatsarbeit im Moment am meisten. Schaan mobil ist in drei Bereiche aufgeteilt:

1.) Planung eines Ortsbusses 2.) Schaffung lebenswerter Quartiere, wo es um Wohnstrassen innerorts geht und der 3.) Bereich «Rad aktiv», das ist die Gruppe, bei der ich mitarbeite. Unser Ziel ist es, das Velofahren zu fördern, es sicherer und attraktiver zu machen. Wir sind nun soweit, dass wir mittlerweile wissen, was möglich ist und was nicht. Es wird nicht möglich sein, auf den Landstrassen einen eigenen Radweg zu installieren, dazu sind sie zu schmal. Insofern sind wir desillusioniert. Der beigezogene Experte untersuchte unser Anliegen, das Radnetz auszubauen. Da dies aus den erwähnten Gründen nicht möglich ist, plädierte er für flankierende Massnahmen und eine davon ist die Verlangsamung des Verkehrs. Dies wird auf den Hauptverkehrsachsen (Landstrassen) kaum möglich sein, denn das liegt in der Kompetenz des Landes. Um die schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen zu schützen, soll auf allen Strassen ausserhalb dieser Hauptverkehrsstränge durch Schaan verbindlich Tempo 30 eingeführt werden. Übrigens wird dieses Thema momentan auch in anderen Gemeinden des Landes intensiv diskutiert. Hier in Schaan arbeiten wir im Rahmen unseres Projekts zudem an einem Netz von überdachten Fahrradunterständen, um das Radfahren auch komfortabler zu machen.

Ein Punkt in den anderen Gemeinden ist das Informationsdefizit der FL-GemeinderätInnen, wie sieht das in Schaan aus?

Daniel: Mir geht es diesbezüglich ausgezeichnet. Der Vorsteher ist darauf bedacht, dass ich wirklich über alles informiert bin. Man trägt es mir beinahe nach. Der Informationsfluss ist super. Je nach Thematik merke ich natürlich schon, dass man mit mir rechnet.

Georg: Ich denke, das hat damit zu tun, dass Daniel immer wieder das Zünglein an der Waage sein könnte. Man versucht zu einem sehr frühen Zeitpunkt Daniel abzuholen und vorauszuendenken. Als Zünglein an der Waage wird die Freie Liste auch ernst genommen, das würde ebenfalls den Landtag spannender und diskussionsfreudiger machen. Ich frage mich, ob die Schwierigkeiten anderer Gemeinden nicht daran liegen, dass es oftmals ein Übergewicht einer Partei gibt. Wer in der absoluten Mehrheit ist, braucht sich nicht auf andere einzulassen. Der hat die Macht und das ist in Schaan nicht der Fall.(kj)

Mittelmässige Liechtensteiner Resultate in der PISA-Studie, so genannte «Null-Bock-Generation Jugend», scheinbar unattraktives Lehrstellenangebot, steigende Erwerbslosigkeit bei Jugendlichen. So oberflächlich und unreflektiert solche Aussagen sein mögen, sie zeigen doch deutlich, dass da etwas nicht stimmt mit unserem Bildungssektor. Es lohnt sich, genauer hinzuschauen.

Wer mit Lehrpersonen über ihre Arbeit spricht, dem fällt auf, dass die Äusserungen teilweise sehr emotional ausfallen. Die Probleme brennen vielen LehrerInnen unter den Nägeln, andere fühlen sich machtlos, zum grossen Teil auch unverstanden. Die Kommunikation zwischen den Lehrpersonen der verschiedenen Schultypen leidet, und auch jene zwischen Basis und Chefetage ist gestört. Alarmstufe Rot für jedes Unternehmen und jedes Projekt, an dem mehrere Personen beteiligt sind.

In jeder gut funktionierenden Firma ist Mitarbeiterführung Chefsache. Dazu gehören zweifellos Dinge wie Arbeitszeit, Urlaubsregelungen und Anstellungsverhältnisse. Das sind die «hard facts», welche die Bildungsministerin mit dem so lange erwarteten Lehrerdienstgesetz und ihren begleitenden Verordnungen nun in einer Geschwindigkeit durchpeitscht, dass allen Beteiligten schwindlig wird und sich kaum mehr Widerstand regen, geschweige denn organisieren kann. Die nächsten Wahlen lassen grüssen...

Die Qualität und Attraktivität der Fachhochschulen hat derart zugenommen, dass sie zunehmend auch für Gymnasiasten zu einer Alternative zum Uni-Studium werden. Und doch: In erster Linie wurde die Fachhochschule als Studienangebot für motivierte Leute mit einer Berufsausbildung geschaffen. Damit dieses «neue» Bildungssystem mit den zwei gleichwertigen Schienen richtig zu greifen beginnt, sind einige Voraussetzungen unabdingbar.

Wo aber bleiben die «soft skills»?

Das Überleben jeden Unternehmens beruht auf gemeinsamen Werten, einem gelebten und gemeinsam erarbeiteten Leitbild, hinter dem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen. In dieser Hinsicht ist im Bereich Schule enttäuschend wenig geschehen. Auch wenn in den drei Jahren FBP-Allein-

regierung immer wieder vom Einbezug aller Kräfte geredet wurde, die politische Realität beweist das Gegenteil, auch in der Bildungspolitik: Es ist so viel einfacher zu regieren, wenn die «Betroffenen» unter sich uneins sind und sich das Leben gegenseitig schwer machen. Gezielte Massnahmen auf Verordnungsstufe steuern diese Unruhe und festigen die eigene Machtposition. Mittel- oder langfristige Erfolge werden damit jedoch keine erzielt. Ohne ein gemeinsam definiertes Ziel wird der so dringend benötigte Begeisterungsschub von LehrerInnen und SchülerInnen für das Thema «Lehren und Lernen» nicht kommen.

Grundlage jeder erfolgreichen Arbeit im Klassenzimmer sind motivierte und gut ausgebildete Lehrpersonen. Der Lehrerberuf hat auf den Ebenen Lohn, Personalführung und Arbeitsbedingungen, aber auch wegen der abbröckelnden öffentlichen Wertschätzung deutlich an Prestige verloren. Arbeitszufriedenheit lässt sich jedoch nicht auf derartige äussere Faktoren reduzieren – insbesondere nicht bei Pädagogen. Letztlich geht es in der Schule um «Unterricht» in bestimmten Bereichen des Wissens und Könnens mit dem Ziel, Lebenstüchtigkeit zu erlangen, um «Bildung» für jeden Einzelnen nach seinen eigenen besten Möglichkeiten. Dieses erste Ziel der Schule ist also stark förderorientiert ausgerichtet.

Es geht doch...

Mit der geplanten Sportklasse an der Realschule Schaan wird ein solches förderorientiertes Bildungsprojekt für das kommende Schuljahr geplant. Junge Sportskanonen, die in Leistungskadern trainieren und von ihren jeweiligen Verbänden vorgeschlagen werden, können gemeinsam zur Schule gehen und werden ihren Talenten gemäss gefördert. Das «Wunderbare» daran ist, dass die Sportklasse allen sportlich begabten Jugendlichen offen steht, unabhängig davon, ob sie von der Primarschule für das Gymnasium, die Realschule oder die Oberschule vorgeschlagen worden sind. Wahrlich ein Wunder, wenn man bedenkt, dass die FBP-Regierung eine genau in diese Richtung zielende Oberstufenreform der Vorgänger-Regierung in Windeseile durch den Aktenvernichter getrieben hat. Trotzdem: Die Sportklasse ist ein vorbildliches Projekt, welches hoffentlich bald einmal überall Schule machen wird. Gibt es doch nichts Widersinniges, als junge nicht einmal zwölfjährige Menschen auf Grund von fünf bisherigen Unterrichtsjahren in drei Kategorien zu

Fortsetzung Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

trennen. Mit den immensen Verbesserungen und den Möglichkeiten unseres Bildungswesens ist diese Dreigliedrigkeit nicht mehr zu verantworten. Sie gehört abgeschafft.

Zwei gleichwertige Schienen

Unser Bildungssystem baut nach der Primar- und Sekundarstufe auf zwei Schienen auf: dem theoretischen Bildungsweg über ein Gymnasium bzw. eine Fachmittelschule oder dem praktischen Bildungsweg über eine Lehre. In den vergangenen Jahren wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die praktische Schiene «Lehre» attraktiv und zukunftsweisend zu gestalten. Mit der Berufsmatura steht heute jedem Lehrling der Zutritt an die Fachhochschulen offen. Die Qualität und Attraktivität der Fachhochschulen hat derart zugenommen, dass sie zunehmend auch für Gymnasiasten zu einer Alternative zum Uni-Studium werden. Und doch: In erster Linie wurde die Fachhochschule als Studienangebot für motivierte Leute mit einer Berufsausbildung geschaffen. Damit dieses «neue» Bildungssystem mit den zwei gleichwertigen Schienen richtig zu greifen beginnt, sind einige Voraussetzungen unabdingbar:



Erfolg im Klassenzimmer wird durch motivierte und gut ausgebildete Lehrpersonen erzielt.

Als erstes muss der Entscheid, ob ein Schüler oder eine Schülerin die schulische Schiene oder lieber den praktischen Weg einschlagen möchte, zur gleichen Zeit gefällt werden. So hat der junge Mensch eine wirkliche Wahl, und er ist «gezwungen», über seine Möglichkeiten und Fähigkeiten nachzudenken, Vor- und Nachteile abzuwägen. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wird er einen bewussten und eigenständigen Entscheid fällen. Dieser so wichtige Entwicklungsprozess ist mit jeder Garantie motivations- und leistungsfördernd, was sich auf das Lernen in unseren Schulen und Betrieben äusserst positiv auswirken wird.

Einbindung der Wirtschaft

Die zweite Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren unseres Bildungssystems liegt am attraktiven Lehrstellenangebot und einer qualitativ hoch stehenden Berufsausbildung. Hier sind die Arbeitgeber gefordert. Beschönigen lässt sich die Lage nicht. Bei unseren etablierten Firmen zählt der Lehrstellensektor zum sorgsam gepflegten Kerngeschäft, in vielen jüngeren und auch kleineren Betrieben wird er angesichts des beträchtlichen Mehraufwands leider vernachlässigt. Obwohl bei uns immer wieder das hohe Lied der Berufslehre gesungen wird, ist es zurzeit für Jugendliche am Ende der obligatorischen Schulzeit einfacher, sich einen Platz für eine schulische Ausbildung zu sichern, als eine Lehre im Wunschberuf zu finden.

Hinter dieser Erkenntnis verbergen sich harte Einzelschicksale von ausbildungswilligen Jugendlichen. Noch schwieriger wird es für schulschwache Schulabgänger, für die sich in der zunehmend anforderungsreichen Berufsausbildung immer weniger niederschwellige Einstiegsmöglichkeiten finden. Für diese jungen Menschen, die schon zu Beginn ihrer Arbeitsbiografie ausgebremst werden, sind die menschlichen Folgen fatal.

Wirtschaft, Politik, Bildungsverantwortliche und generell unsere Gesellschaft muss sich der Verantwortung für diese jungen Menschen bewusst werden und vermehrt Möglichkeiten für deren berufliche Integration suchen. Die duale Berufsbildung ist ein System, das sich in der Vergangenheit sehr bewährt hat, indem es von der Freiwilligkeit von Seiten der Wirtschaft lebte. Es ist von Seiten der Politik alles Nötige zu unternehmen, damit diese Freiwilligkeit auch in den momentan etwas rauerer Zeiten weiter lebt.

Marktwirtschaftliche Anreize schaffen

Mit verstärkter Überzeugungskraft muss der Wirtschaft der vitale und in der Regel auch rentable Stellenwert von Lehrlingsausbildungen bewusst gemacht werden: Es braucht genügend attraktive Lehrstellen für leistungsfähige, aber auch schulschwächere Jugendliche. Dafür sollten auch marktwirtschaftliche Anreize geschaffen werden. Wieso im Wettbewerb um öffentliche Arbeitsvergaben nicht die Zahl der Lehrstellen als Zünglein an der Waage ins Spiel bringen? Oder Steuererleichterungen für Betriebe mit überdurchschnittlich vielen und qualitativ guten Lehrverhältnissen anbieten?

Der Vorteil der kurzen Wege

Gegenüber seinen grossen Nachbarn hat Liechtenstein einen immensen Vorteil und sollte diesen unbedingt in die Waagschale werfen, um die vielen offenen und brennenden Fragen rund um das Schul- und

Bildungssystem mit Engagement anzugehen: die Kürze seiner Wege! Die Büros von Regierung, Schulamt, Lehrerorganisationen, Elterndachverbänden, Amt für Berufsbildung, Berufsberatung, LIHK, GWK und wie sie alle heissen, sind bloss Meter voneinander entfernt. Was hindert daran, aufeinander zuzugehen und – unter Einbezug aller Kräfte – eine Liechtensteiner Bildungslandschaft zu planen und umzusetzen, in der mit Engagement und Motivation gelernt, gelehrt und gearbeitet wird? Wahrscheinlich Eitelkeiten – oder die berühmten Bretter vor unseren Köpfen. Diese zu entfernen wäre wiederum klare Chefsache.

Georg Kaufmann

Kein Sozialabbau.

NEIN

zur Abschaffung der staatlichen NBU-Subventionierung.

fre!e liste
sozial demokratisch ökologisch

Die Arbeitslosenzahlen in Liechtenstein haben vom Dezember 2001 (354 Personen) bis Dezember 2003 (651 Personen) um 84% zugenommen. Den insgesamt 727 Personen, die im Dezember 2003 eine Arbeit suchten, standen 27 gemeldete offene Stellen gegenüber. Im Dezember 2001 standen 410 Stellensuchenden noch 66 offene Stellen zur Verfügung.

Von den zum Zeitpunkt der Recherche 649 Stellensuchenden sind 132 in der Altersklasse 15-24 Jahre, 270 in der Altersklasse 25-39 Jahre, 137 in der Altersklasse 40-49 Jahre, 110 in der Altersklasse 50-64 Jahre. Die Verweildauer, wie es im Fachjargon heisst, liegt bei den Jungen im Schnitt bei sieben Monaten und bei den 50jährigen kann diese über 20 bis 25 Monate Arbeitslosigkeit hinausgehen.

Das sind erschreckende Zahlen. Die Jugendarbeitslosigkeit bewertet Hanspeter Röthlisberger, Abteilungsleiter der Abteilung Arbeit, zwar als schlimm, aber weniger gravierend als die Arbeitslosigkeit älterer Menschen. Junge seien leichter vermittelbar, gehen für einige Zeit ins Ausland, reisen oder kehren ins Hotel Mama zurück, um sich nicht dem «Regime aus Pflichten», die ihnen als Arbeitslose aufgedrängt werden, unterwerfen zu müssen. So fallen sie automatisch wieder aus der Statistik heraus. Viel mehr Sorgen machen ihm die älteren arbeitslosen ArbeitnehmerInnen. Sie sind aufgrund vieler Verpflichtungen nicht mehr so flexibel wie junge, z. T. spielen auch ihre höheren Ansprüche eine Rolle, warum sie nicht mehr so gut vermittelbar seien. Selten nur werden dieselben Löhne weiterbezahlt, mit denen diese Arbeitnehmer aufgehört haben. Die Wirtschaft bevorzuge nun einmal billigere Arbeitskräfte, wenngleich langsam wieder ein Trend Richtung Wertschätzung von Berufs- und Lebenserfahrung feststellbar sei.

Mangelnder Arbeitnehmerschutz

In Deutschland müssen Arbeitgeber langjährig angestellten ArbeitnehmerInnen saftige Abfertigungssummen bezahlen, wenn sie diese entlassen. Röthlisberger gibt zu, dass der ArbeitnehmerInnenschutz dort wesentlich besser ausgebaut ist, sieht das aber als Hinderungsgrund, warum Unternehmer sich schwer tun, Leute anzustellen. Gleichzeitig stellt er aber fest, dass Unternehmer im allgemeinen bei uns nicht weniger zögerlich sind mit Anstellungen, also auch ohne die Hypothek einer möglichen Abferti-

gung sei es schwierig, Unternehmer zu motivieren, vermehrt Arbeitskräfte im Land zu rekrutieren. Die Beschäftigungszahlen stiegen zwischen Dezember 1999 bis Dezember 2001 von 25'000 auf 29'000 – eine Zahl, die sich mit fallweisen Schwankungen bis heute kaum verändert hat. Für Hubert Büchel, Amtsvorstand beim Amt für Volkswirtschaft ist es ein Phänomen, dass bei fast gleichbleibender bis gestiegener Beschäftigungszahl auch die Arbeitslosenzahlen steigen konnten. Das Phänomen aber kann er sich nur so erklären: Von 10 Arbeitsstellen werden 8 mit GrenzgängerInnen besetzt.

Sind es Angebot und Nachfrage?

Warum stellt die Wirtschaft nicht mehr Leute aus dem Inland ein? Eine Frage, die bei diesen Zahlen viele beschäftigt. Für Hans-Peter Roethlisberger und Hubert Büchel ist die Erklärung relativ einfach: Die Arbeitslosen entsprächen häufig nicht den Profilen der Wirtschaft. Allein die Steigerung um 4000 Beschäftigte innerhalb von 2 Jahren belege, dass diese Zahl niemals hätte im Inland generiert werden können. Zudem habe die Suche nach GrenzgängerInnen auch etwas mit dem Lohnniveau zu tun. Woher aber kommen die Kaderleute, die gut Qualifizierten unter den Arbeitslosen?

Fehlender Spielraum

30 Jahre lang war Arbeitslosigkeit in Liechtenstein kein Thema. Das gemütliche Fahrwasser aber entwickelte sich «völlig überraschend» und über Nacht zu einem reissenden Strom. In den letzten 3 Jahren gab es zwei Stellenwechsel bei der Abteilungsleitung Arbeit, was die Sache nicht erleichterte. Hanspeter Röthlisberger sieht den Handlungsbedarf auf verschiedenen Ebenen: Es müsse ein gründlicher Umbau der Bereiche stattfinden: Die arbeitsmarktlichen Maßnahmen (Kurse, Beschäftigungsprogramme) müssen erweitert und besser bekannt gemacht werden. Eine adäquate EDVLösung erarbeitet und eingeführt werden und die Zusammenarbeit mit privaten Stellenvermittlungsbüros müsse evaluiert und überdacht werden. Dies alles bei steigenden Fallzahlen. Die Schere zwischen steigenden Arbeitslosenzahlen und vorhandenen Personalressourcen gehe dabei immer mehr auf. Für die eigentlich dringend notwendige Personalanpassung schein aber kein Spielraum zu bestehen. (kj)

Zwischen 1999 und 2001 verzeichnete Liechtenstein eine Beschäftigungssteigerung von ca. 4'000 Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosenquote stieg erst seit 2001 so massiv an. Es ist also nicht unbedingt eine Gleichzeitigkeit zu beobachten, denn seit 2001 blieb der Beschäftigungsstand von leichten Schwankungen abgesehen auf dem gleichen Stand. Innerhalb der letzten zwei Jahre wurden ArbeitnehmerInnen aus allen Schichten entlassen. Kaderleute waren genauso betroffen wie Hilfsarbeiter. Über die Dunkelziffer herrschen unklare Vorstellungen.

Arbeitsvermittlung ist zum Geschäft für Personalvermittler geworden. Vier private Personalvermittler haben Verträge mit dem Amt für Volkswirtschaft. Deren Dienstleistung wird über Stunden- und Erfolgshonorare abgegolten. Über die Höhe der Kosten oder Erfolgsquote schweigt man sich beim Amt für Volkswirtschaft aus. Um keinen Neid bei anderen Personalvermittlern zu wecken. Daraus den Schluss zu ziehen, dass die Kosten enorm sein müssen, ist nicht abwegig. Vielleicht ergibt eine genauere Überprüfung dieses Outsourcing-Systems, dass die Kosten in keinem Verhältnis zum Ertrag stehen und dieses Geld besser für den Umbau einer effizienteren Abwicklung auf dem Arbeitsamt verwendet und damit «Spielraum» geschaffen wird.

Appelle allein genügen nicht

Der Staat begnügt sich vorläufig mit Appellen an die Wirtschaft. Mit Appellen allein wird man die Wirtschaft nicht abholen können. Es ist nicht zuletzt

die Wirtschaft, die von der Politik Rahmenbedingungen fordert, die eine blühende Wirtschaft erst möglich machen. Der Hinweis, dass wir einen liberalen Markt haben, im EWR sind und generell daran nichts ändern können, ist müssig – ist es doch letztlich eine Frage der Dringlichkeit und des Interesses, ob man nach «unüblichen» Lösungen sucht oder nicht. Es ist ungläubwürdig, dass es sich in den letzten zwei Jahren vor allem um Arbeitslose in Bereichen handle, für die kein entsprechendes Profil in der Wirtschaft vorhanden sei. Der berühmte Physiker mag nur als Grenzgänger gefunden werden, doch der mag die Ausnahme sein. Eine gut gehende Wirtschaft ist die Wohlstands-Voraussetzung. Wohlstand aber ist für viele unter uns schon, wenn die Existenz gesichert ist. Zu Rahmenbedingungen gehört auch, dass entsprechende Stellen gemeldet werden (müssen); Arbeitslose gezielt und individuell fit gemacht werden und die Unternehmen an ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft erinnert werden. Der «billigere» Zugriff auf Pendler hat Folgen für die einheimische Bevölkerung: steigende Arbeitslosigkeit, steigender Verkehr, steigende Mieten und steigende Sozialkosten.

Wir brauchen kein «Sicherheitszentrum»; wir brauchen Menschen, die nicht permanent verunsichert werden, weil sie über lange Zeit keine Arbeit finden. Dafür Geld in die Hand zu nehmen und den nötigen «Spielraum» zu schaffen, hat sicher höhere Priorität als Millionenbauten, die auf lange Sicht wiederum Millionen verschlingen. (kj)

**NEIN
zu 31,5 Mio. für ein
Polizeigebäude.**

fre!e liste
sozial demokratisch ökologisch

...**das Leben aus** merkwürdigen Zufällen besteht? Der per Los gezogene Publikumsrat für Radio Liechtenstein besteht aus 12 Männern und 3 Frauen. Die Ersatzmitglieder brachten es auf 4 Frauen und 1 Mann. Fast wie im richtigen Leben. Wo es nichts oder nur selten etwas zu melden gibt, kommen Frauen zum Zug.

Zivilstandsanzeigen in der Liechtensteiner Bau- und Hauszeitung publiziert werden? Wir nehmen an, dass dies mangels eines eigenen Kundmachungsblattes geschieht und nicht, weil man Zivilstandsveränderungen als Baustellen anschaut. ...**wir im Jahre 2001** auf einer Vertrauensbasis gewählt haben (nämlich Einbindung aller Kräfte), die nie existiert hat? ...**Regierungsrätin Kieber-Beck** eine geheime und Milliarden teure Hochbahn-Vision entwickelt aber vergisst, einen von der Fahrbahn abgetrennten Rad- und Fussgängerweg kostengünstig zu verwirklichen, als die Strasse zwischen Triesen und Balzers auf der ganzen Länge zwecks Verlegung der Kanalisation aufgerissen werden musste? ...**das Wahlgeschenk namens Wienreise** zum Preis für 180,- Franken pro Person mit einem Gesamtbetrag von 100'000 Franken subventioniert wird und damit auch der Eintrittspreis ins Museum, das «zum Tag der offenen Türe einlädt»? ...**vermutlich etwa 50 Leute gratis nach Wien** fahren und deren Aufenthalt von uns allen finanziert wird? ...**die Regierung das Wahlgeschenk des sonntäglichen Gratis-Telefontalks** damit begründet, dass die LTN/TFL nicht durch Gewinne zur Konkurrenz für das heimische Gewerbe werden sollte? ...**das Volksblatt angeblich die strenge Auflage hat**, nichts zu schreiben, was dem Finanzplatz «schaden» könne, auch wenn es nur darum geht, über verursachte Schäden zu berichten? ...**die polizeilichen Meldungen zunehmen**, seit die Regierung ein «Sicherheitszentrum» will? ...**seither jeder Betrunkene**, der um die Ecke taumelt, eine potentielle Gefahr bedeutet und wir ohne Sicherheitszentrum in permanenter Angst zu leben haben?

...**KundInnen der Krankenkasse SWICA** darüber informiert wurden, dass der Staat die 10%, die ursprünglich übers Hausarztssystem eingespart werden konnten, für das Jahr 2004 anteilmässig übernehme? ...**wir uns über diesen Staat nur wundern können**, wieviel Geld für Wahlgeschenke doch vorhanden ist. ...**die Regierung einst erklärte**, dass Anzeigen der Regierung ausschliesslich der Information dienen? ...**der Regierung offenbar die Argumente** ausgehen, weil sie nur mehr mit JA-Parolen in eigener Sache Anzeigen schaltet? ...**die Anzeigenkosten von allen SteuerzahlerInnen** bezahlt werden und nicht nur von Regierungstreuen?

Impressum

fl info 1.2004

Februar 2004

Herausgegeben durch:

Presseverein fl info,

FL-9494 Schaan

www.freieliste.li

fliste@lie-net.li

Redaktionsleitung:

Karin Jenny (kj)

Die AutorInnen sind der

Redaktion bekannt und für

den Inhalt verantwortlich.

Druck:

Lampert Druckzentrum AG

Konto LLB Vaduz:

539 247.00

Gedruckt auf

100% Recycling-Papier